

„Was ist los in München?“

haben wir, der Stadtbund Münchener Frauenverbände, unmittelbar nach der Silvesternacht anlässlich unseres traditionellen Neujahrsempfang im Januar diesen Jahres gefragt.

Der Stadtbund Münchner Frauenverbände ist mit 57 Verbänden das größte Frauennetzwerke in München. Das Besondere an diesem Zusammenschluss der Frauenverbände im Stadtbund ist, dass sie sich aus vielen Bereichen zusammenfinden, beginnend vom Deutschen Kinderschutzbund über die Unternehmerfrauen im Handwerk, den Frauen im Management FIM zu IDIZEM, dem interkulturellem Dialogzentrum, den afghanischen Frauen, dem katholischen Deutschen Frauenbund, dem Evangelischen Frauenbund und vielen mehr.

Gerade weil wir uns aus unterschiedlichen Richtungen, überparteilich und über alle Konfessionen hinweg zusammenschließen und unser gemeinsames Ziel die Gleichstellung von Frauen ist, war und ist uns dieses Thema der sexuellen Gewalt so wichtig.

Die Gründung des Stadtbundes im Jahre 1914 war in einer Zeit, als patriarchale Strukturen gesetzlich verankert waren. Der Mann war das Oberhaupt der Familie. Eine Ehefrau durfte keiner Arbeit nachgehen und benötigte hierzu die Zustimmung des Ehemannes.

Der Stadtbund ist aus einer Initiative von Frauen entstanden sind, die erkannt haben, dass ein Einsatz von Frauen für Frauen und ein gemeinsames Agieren die Umsetzung von Fraueninteressen befördert und Frauen stark macht.

1914 war auch die Zeit als es noch die Notzucht gab. Aus dem Begriff der Notzucht wurde später die Vergewaltigung. An der Sache selbst veränderte sich wenig. Im OLG Bezirk München kamen 1914 auf 27.616 Anklagen nur 44 wegen Notzucht, das war 0,16% aller Anklagen von denen 20% frei gesprochen wurden. Das Verbrechen der sexuellen Gewalt wurde also nur selten vor Gericht verhandelt, wurden die Begriffe der Notzucht doch damals häufig gleichgestellt mit Unzucht mit Liederlichkeit und Hurerei.

Seit seiner Neugründung im Jahr 1948 tritt der deutsche Juristinnenbund, der ebenfalls Mitglied des Stadtbundes ist, für eine Änderung des Sexualstrafrechts ein. Deren Strafrechtskommission hat bereits 1973 einen bundesweit vielfältig beachteten Diskussionsvorschlag zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung erarbeitet.

Die Strafbarkeit einer sexuellen Handlung sollte von dem fehlenden Einverständnis der anderen Person abhängig gemacht werden, nicht von Gewaltanwendung oder zusätzlicher Nötigungsmittel.

Erreicht wurde mit der Reform 1997 lediglich ein Kompromiss. So ist die Vergewaltigung in der Ehe seitdem strafbar. Als weiteres Merkmal kam das schutzlose Ausgeliefert sein hinzu.

Der überrumpelnde, ungewollte sexuelle Körperkontakt, das überraschende

Begrabschen war bislang im Gegensatz z. B. in Österreich nicht unter Strafe gestellt.

Der djb ist bekannt dafür, dass er an seinen Zielen festhält, nicht locker lässt und diese gebetsmühlenartig immer wieder einfordert, wie die Forderung, jegliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen, die ohne das Einverständnis der anderen Person vorgenommen wird.

2011 wurde seitens des Europarates die so genannte Istanbul Konvention d.h. die Konvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ratifiziert. Dort wird zur Umsetzung vor der Ratifizierung in Art. 36 verlangt, dass die Vertragsstaaten nicht einverständliche sexuell bestimmte Handlungen mit einer anderen Person unter Strafe stellen.

Zusammen mit verschiedenen Frauenorganisationen konnte über die Justizministerkonferenz im Herbst 2014 erreicht werden, dass das BMJV die genannten Gesetzeslücken zum Anlass nahm, eine Expertinnen Gruppe einzusetzen, die Vorschläge für eine umfassende Reform der Sexualdelikte erarbeiten sollte.

Die Strafrechtskommission des deutschen Juristinnenbundes unter Vorsitz von Dagmar Freudenberg hat entschlossen, diese Reform weiter eingefordert und mit einem Grundsatzpapier vom 09.05.2014 den Gesetzentwurf vorgezeichnet. Die zögerliche Behandlung dieses Themas selbst nach der Istanbul Konvention sprach für sich.

Dass es eines Ereignisses wie das von Silvester 2015 in Köln bedurfte, das den Gesetzgeber derart unter Druck setzt, nun plötzlich strafrechtliche Lücken schnell schließen zu wollen, ist bedauerlich. Und es war das Kanzleramt, das monatelang den Entwurf des Bundesjustizministeriums blockierte.

Erst nach Köln lasen wir: Mehr Schutz für Frauen: Neues Sexualstrafrecht auf den Weg gebracht.

Es zeigt, wie zurückhaltend mit diesen Themen umgegangen wird. Nicht umsonst hat es 25 Jahre bedurft, bis die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt wurde.

Schließlich hat der Bundestag am 07.07.2016 für eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts gestimmt.

Ich danke Dagmar Freudenberg, dass sie den weiten Weg von Niedersachsen nicht gescheut hat, um uns hierüber zu berichten.

Auch das Verhalten der Polizei in der Silvesternacht ist nicht hinzunehmen. Es ist zum einen ein Zeichen, dass sexuelle Gewalt nicht gesehen wird, nicht gesehen werden will. Im Englischen spricht man von Rape Culture, dies bedeutet eine Gesellschaft in der sexuelle Gewalt weit verbreitet ist, aber von vielen Menschen nicht als solches gesehen wird. Dass sexuelle Gewalt weit verbreitet ist, machen

zahlreiche Statistiken und folgende Zahlen deutlich:

Fast jede 7. Frau in Deutschland ist von sexueller Gewalt betroffen. 13% der in Deutschland lebenden Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr strafrechtlich relevante Formen sexueller Gewalt erlebt. D.h. Vergewaltigung versuchte Vergewaltigung oder unterschiedliche Formen von sexueller Nötigung.

25% der in Deutschland lebenden Frauen ist körperliche sexuelle Gewalt oder beides durch aktuelle oder frühere Beziehungspartnerinnen oder Partner widerfahren.

Nur 5% der Sexualstraftaten werden angezeigt. Jährlich werden 8000 Vergewaltigung in Deutschland angezeigt. Damit kommen in Deutschland jährlich 9,85 angezeigte Vergewaltigungen auf 100.000 Einwohner/ Einwohnerinnen. Das entspricht dem unteren Mittelfeld im europäischen Vergleich.

Seit langem leben wir in einer Kultur der Verharmlosung, die auch dazu führt, dass Opfer schweigen. Wer Opfer eines Übergriffs wird, muss mit dem Vorwurf rechnen, selbst schuld zu sein - wie in der Silvesternacht - falsch gekleidet zu sein. In Köln waren es einige mutige Frauen, die Anzeige erstattet haben und damit andere Frauen ermutigt haben, so dass nun über 700 Anzeigen vorliegen.

Alle die sich mit diesem Thema beschäftigt haben wissen, wie schwierig es ist, adäquate polizeiliche Hilfe bei häuslicher Gewalt, bei Gewalt gegen Frauen zu finden und zu erfahren.

Um Geschehnisse wie in Köln zu verhindern, bedarf es einer ausreichenden Personalausstattung gerade der Polizei und der Ordnungsbehörden, deren entschlossenen und zuverlässigen Eingreifens und deren Sensibilisierung für beginnende sexuelle Übergriffe und drohende Gefahren für Frauen. Wir werden nicht nachlassen, dies einzufordern.

Es kann nicht sein, dass in Deutschland lebende Frauen Attacken der berichteten Art in Anwesenheit von Polizei, Sicherheitskräften und unbeteiligten Dritten schutzlos ausgeliefert sind, weil niemand eingreift.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass sich der Polizeipräsident unserer Stadt, Herr Hubertus Andrä heute dem Thema stellt und danke Ihnen für Ihr Kommen.

Wir wollen wissen: wie sicher gilt unsere Stadt- auch für Frauen, wie sicher können Frauen und Mädchen hier leben. Wie zivilisiert eine Gesellschaft wirklich ist, zeigt sich an ihrem Umgang mit Frauen.

Wir erwarten, dass jede Frau in Deutschland, egal welcher Herkunft, dorthin gehen kann wo sie will und wann sie es will, alleine und in Gruppen egal, wie sie gekleidet ist.

Die Exekutive hat ihre Aufgabe zu erfüllen und sicherzustellen, dass wir dies ungefährdet tun können, genauso wie die Männer. Die Gesetze müssen von allen Beteiligten ernst genommen und konsequent umgesetzt werden.

Auch Heike Barnes vom Frauennotruf München, die weiß ob und wie dies geschieht und wie die Situation der betroffenen Frauen in München ein herzliches Danke schön für ihr Kommen.

Nach seiner Satzung ist der Stadtbund Münchner Frauenverbände „ein Zusammenschluss Münchner Frauenverbände mit dem Ziel, die Interessen der Frauen zu vertreten und ihren Einfluss auf kommunaler Ebene zu verstärken“. So legte es Luise Kiesselbach 1914 fest und so steht es heute noch in der Satzung.

Vor diesem Hintergrund sind wir in unserer Stadt in Kontakt getreten mit den maßgeblichen Stellen und der Polizei um dort die für Frauen notwendige Aufmerksamkeit zu erreichen und uns vergewissern, dass ihnen der entsprechende Schutz gewährleistet wird.

In diesem Zusammenhang danke ich Lydia Dietrich, der Leiterin der Gleichstellungskommission und Stadträtin des Bündnis 90/ der Grünen, die sich diesem Thema bei unserem Neujahrsempfang sofort annahm und uns maßgeblich unterstützte. Auch ihre Partei hat die heutige Veranstaltung großzügig gesponsert, wofür wir herzlich danken.

Letztendlich gilt mein Dank auch der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München, deren Leiterin, Nicole Lassal und auch Cornelia Lohmeier, die ebenfalls sofort und engagiert den heutigen Abend mitgestaltet und auch mitfinanziert hat.

Erwähnenswert ist auch das starke Engagement der Frauen der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit, der IFFF die einen großen Anteil zur Durchführung der Veranstaltung beigetragen haben.

Die Silvesternacht hat einiges in unserem Lande auf den Kopf gestellt und die Republik aufgewühlt.

Der Frauenbewegung und den Frauenverbänden wurde vorgeworfen, sich nicht sofort dem allgemeinen Aufbegehren der Republik angeschlossen zu haben.

Hintergrund hierfür war, dass gerade diejenigen, die sich stets gegen Frauenrechte stellten, nun die Frauenrechte für sich entdeckt haben um den eigenen Rassismus zu legitimieren.

Dies ist ein neues, eigenes Phänomen, dem wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten müssen.

Denn es ist gerade das, was die Frauenbewegung nicht wollte, sich von der rechten Szene wie Pegida, AFD oder anderen rechten Gruppierungen benutzen zu lassen.

Mittlerweile gibt es Stellungnahmen von einigen Verbänden, die Sie auf unserer Homepage finden. Wir vom Stadtbund der Münchner Frauenverbände treten ein für eine konsequente Migration und Integrationspolitik und für einen Dialog. Es ist uns bewusst, dass dabei Positionen auseinanderklaffen können, gerade auch in

Bezug auf die feministisch erreichten Positionen, wie beim Thema rund um das Kopftuch. Wir wollen aber lernen, die unterschiedlichen Positionen zu diskutieren, zu schätzen und anzuerkennen.

Die Willkommenskultur den Flüchtlingen gegenüber, besonders der Stadt München, war weltweit hervorgehoben worden. Es ist jetzt an der Zeit, dass wir uns verstärkt darum bemühen, diejenigen die in unserem Land sind mit unserer Kultur und unseren Regeln vertraut zu machen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nicht delegiert werden.

Wir wissen auch, dass aus der Vielzahl an Flüchtlingen aus unterschiedlichen Kulturen, ein Teil aus patriarchalen Strukturen kommt, geprägt von der Unterwerfung und Missachtung der Frauen. Auch wir waren und sind immer noch dabei, diese patriarchalen Strukturen zu überwinden.

Und nicht vergessen sollten wir, dass die Täter der Silvesternacht nicht repräsentativ sind für die allgemeine Flüchtlingsbevölkerung.

Es geht nicht an, dass wir uns Einvernehmen lassen - trotz aller Geschehnisse - von der rechten Szene, die den Mythos des schwarzen Mannes verbreitet, den wir schon als Kinder beigebracht bekamen und ich erinnere an das beliebte Spiel: Wer hat Angst vom schwarzen Mann, der in vielen Hinterköpfen sitzt.

Ich danke besonders Monika Steinhauser vom Münchner Flüchtlingsrat, für ihr Kommen und ihre Bereitschaft zum Thema der Flüchtlinge und der Flüchtlingsfrauen in München berichten zu berichten.

Schließlich gilt mein Dank auch der Künstlerinnengruppe FILOMELE und dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München, durch deren Unterstützung wir unsere Veranstaltung lebendiger machen können und eine Sensibilisierung der Problematik durch die bildhafte Begleitung erfolgt.

Mein Interesse ist es, dass wir unsere Vielfalt in unserem Verband und in dieser Stadt nutzen sollten, alle Gesichtspunkte einzubringen und einzublenden, dass derartige Geschehnisse nicht mehr vorkommen, in unserer Stadt vermieden werden können und wir uns verstärkt um Integration bemühen.

Hier appelliere ich nochmals an alle Verbände und Anwesenden, die eigenen Kompetenzen zu sehen und alles zu tun, damit uns eine positive Gestaltung der Zukunft in unserer Stadt gelingt und hiervon bin ich überzeugt.

Renate Maltry, Rechtsanwältin
Vorsitzende Stadtbund Münchner Frauenverbände

